

Englands Notenbanker streiten über Zinsen

London – Die Führungsspitze der Bank von England war sich über die jüngste Zinsentscheidung so uneinig wie schon lange nicht mehr. Wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Sitzungsprotokoll der Notenbank hervorgeht, stimmte Mitte Juli zwar die große Mehrheit der neun Mitglieder des geldpolitischen Komitees dafür, den Leitzins für Großbritannien bei fünf Prozent zu belassen. Je ein Geldpolitiker wollte jedoch eine Zinserhöhung und eine Senkung des Schlüsselzinssatzes. Eine solche Dreiteilung der Stimmen gab es zuletzt im Mai 2006.

Grund für die Unsicherheit des Zentralbankrats ist die schwierige Gemengelage in der britischen Wirtschaft, der sich die Bank von England gegenüber sieht. Einerseits steigt die Inflation von Monat zu Monat, andererseits macht sich die Krise an den Immobilien- und Finanzmärkten ausgehend von den USA nun auch in Großbritannien immer stärker bemerkbar. Die meisten Experten gehen derzeit davon aus, dass die britische Zentralbank den Leitzins in den kommenden Monaten nicht antasten wird. Wegen der sich abzeichnenden Abschwächung der Konjunktur rechnen viele Beobachter mittelfristig aber mit sinkenden Zinsen. Das nun veröffentlichte Protokoll der Sitzung zeigt, dass es bislang offenbar keinen Konsens über einen solchen Fahrplan zu geben scheint.

Reuters

Abzocke bei trauernden Angehörigen

München – Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen warnt vor einem neuen Abzock-Trick. In den vergangenen Tagen hätten sich ein gutes Dutzend Betroffene an die Verbraucherschützer gewandt, weil sie Post von einem Genlabor Dr. Engelhardt genetic research erhalten hätten. In dem Schreiben behauptete das Labor, es habe für einen jüngst verstorbenen Angehörigen einen DNA-Test durchgeführt. Der Rechnungsbetrag von etwa 300 Euro sei aber noch nicht beglichen worden.

Die Hinterbliebenen werden in dem Brief zur Zahlung aufgefordert, um ein Mahnverfahren zu vermeiden. „Das ist eine besonders perfide Abzocke, bei der auf die Trauerkarte gesetzt wird“, warnen die Verbraucherschützer. Empfänger dieser Schreiben sollten den Betrag nicht begleichen und sich auch durch Drohungen nicht einschüchtern lassen. Denn vermutlich existiere das genetische Labor überhaupt nicht. Wer auf die in der Rechnung angegebene Internet-Seite klicke, erhalte jedenfalls keine weiterführenden Informationen. Und auch unter der angegebenen Rufnummer sei niemand zu erreichen. Die Verbraucherzentrale rät, das Mahnschreiben zu ignorieren und die Polizei zu informieren, da es sich um einen versuchten Betrug handeln dürfte.

mvö

Dax-Firmen im Visier von Investoren

Frankfurt – Die Schweizer Bank UBS hält nach dem Kaufangebot von Schaeffler für Continental neue Angriffe auf Dax-Konzerne für möglich. „Weitere Übernahmen von Dax-Konzernen sind absolut nicht ausgeschlossen“, sagte Alexander Gehrt, der das Geschäft mit Fusionen und Übernahmen der UBS in Deutschland leitet. Die Bewertungen seien gesunken, und große Unternehmen seien bei Übernahmen nach wie vor sehr aktiv. Das gelte auch für die Dax-Konzerne selbst. „Die Zukäufe der vergangenen Jahre haben den Kennzahlen gezeigt, dass es sich lohnt, die Ellenbogen auszufahren.“ Der Fall Conti zeige aber auch, dass es für börsennotierte Firmen wichtig sei, eine Verteidigungsstrategie zu haben. Weniger angreifbar seien Firmen mit einer Familie als Großaktionär, wie BMW.

Auch deshalb öffneten sich deutsche Unternehmen zunehmend ausländischen Staatsfonds, die bislang meist nur Minderheitsbeteiligungen eingehen. „Es gibt viele Gespräche mit Staatsfonds“, sagte Martin Reitz, Chef-Investmentbanker der UBS in Deutschland. Er erwartet, dass sich die Beteiligungen von Staatsfonds in Europa bis 2010 jährlich verdoppeln. Im ersten Halbjahr 2008 investierten Staatsfonds 27,8 Milliarden Euro in Europa und damit mehr als im gesamten Vorjahr. Stark im Kommen sind außerdem russische und chinesische Firmen im Übernahmemarkt. Insgesamt rechnet die UBS in Europa 2008 mit Zusammenschlüssen im Wert von mehr als einer Billion Euro. Das wäre etwa so viel wie 2005, aber nur noch die Hälfte des Volumens im Rekordjahr 2007.

mhs

	DI Festgeld	MI Telefonatarte	DO	FR Ratenkredite	SA Sparbriefe
Tagesgeld					
Anlagebetrag 25000 Euro			31,		
	Mindestbetrag in Euro	Zinssatz in Prozent	Ertrag** in Euro		
GE-Money-Bank¹	—	5,00	617,38		
ICICI-Bank	—	4,75	597,28		
Norisbank	—	4,50	565,66		
Oyak-Anker-Bank	—	4,50	565,66		
Deutsche Skatbank¹	—	4,25	559,34		
Bankhaus Lenz	5000	4,35	546,71		
BKM	—	4,35	537,96		
Ziraat-Bank¹	—	4,25	534,07		
Dt. Finanzagentur (Bund)	50	3,96	497,45		
Schlechtesten Anbieter	—	0,10	12,50		

(¹) Online-Konditionen, **sechs Monate Laufzeit, **Zinsberechnung berücksichtigt, dass sich Häufigkeit der Zinsermittlung unterscheidet.
Angaben ohne Gewähr. Stand: 23.07.2008. Quelle: biallo.de
Täglich aktualisierte Tarife: www.sueddeutsche.de/spaermeister

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Eine Dienstleistung des SZ-Archivs

Der deutsch-brasilianische Unternehmer Eike Batista ist sagenhaft reich. Nun könnten ihn seine Geschäfte ins Gefängnis bringen

Von Peter Burghardt

Buenos Aires – Es geht gewöhnlich um sagenhafte Summen, wenn von Eike Batista die Rede ist. Die Zeitschrift *Forbes* führte den deutsch-brasilianischen Unternehmer aus Rio de Janeiro mit einem Privatvermögen von 6,6 Milliarden US-Dollar im Mai dieses Jahres auf Platz 142 der wohlhabendsten Menschen der Erde, und auch das ist schon wieder überholt. Laut der Zeitung *Estado do São Paulo* hatte er nach eigenen Angaben durch einen weiteren Triumph zwischenzeitlich 17 Milliarden Dollar angehäuft und war demnach der reichste von 190 Millionen Brasilianern.

Er leide unter dem „Schumacher-Komplex“, berichtet die 51-jährige Batista im vergangenen Jahr: Er wolle wie sein Freund, der ehemalige Rennfahrer Michael Schumacher, immer Erster sein. Bis zum Jahr 2012 werde er die Weltrang-

Batista besitzt in Rio eine Villa am Botanischen Garten, einen 1,2 Millionen Dollar teuren Mercedes und ein Rennboot.

liste der Milliardäre anführen. Dazu passt nun der glamouröse Titel, unter dem Brasiliens Staatsanwaltschaft derzeit Batistas märchenhaften Geschäfte durchleuchtet: „Toque de Midas“. Das bedeutet so viel wie „Midas“ Berührung“. König Midas aus der griechischen Mythologie machte alles zu Gold, was er anfasste. Auch Essen und Trinken, deshalb drohte der Hungertod.

Nach eben jenem König nannten die Behörden die Razzien im Anwesen und in den Büros des modernen Krösus in der vergangenen Woche. Seine Villa am Botanischen Garten von Rio schmücken unter anderem ein 1,2 Millionen Dollar teurer, silberner Mercedes sowie der 1600-PS-Motor seines Rennboots Spirit of Brazil, mit dem er den Rekord auf der Strecke Rio-Santos brach. Die Ermittler jedoch suchten hier nicht nach Luxus, sondern nach Hinweisen auf Betrug, Bestechung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Die Justiz wirft dem Geschäftsmann unter anderem vor, er habe dem Gouverneur des Bundesstaates Amapá für seinen Wahlsieg 130 Millionen Dollar besorgt und sich die Lizenz einer Eisenbahnlinie zum Eisentransport gesichert.

Außerdem geht es um mutmaßliche Schwindeleien bei einer Goldmine. Alles zusammen wird teuer für Batista – und endet womöglich im Gefängnis. Es ist



Da war die Welt noch in Ordnung: Milliardär Eike Batista bei einer Rede im Februar dieses Jahres. Jetzt steht der 51-Jährige im Fokus der Justiz. Es geht um Betrug, Bestechung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Foto: Bloomberg

der unangenehmste Rückschlag in einer phantastischen Karriere, die in Deutschland weitgehend unbeachtet geblieben ist. Die Richtung gaben die Eltern vor, besonders der Vater. Eliezer Batista war Brasiliens Minister für Bergbau und Energie sowie Präsident von Vale do Rio Doce, einer der größten Bergbaukonzerne des Planeten. Mutter Jutta Fuhrken stammt aus Hamburg.

Anfang der siebziger Jahre zog die Familie nach Deutschland, weil Batista senior das Europa-Geschäft von Vale do Rio Doce aufbaute. Batista junior studierte in Aachen Ingenieurswesen, nach der

Rückkehr in die Heimat legte er los. Seine ersten Millionen verdiente er ab 1980 mit Papas Hilfe als Zwischenhändler von Gold. Mit Mitte 20 gründete der nicht sehr bescheidene Aufsteiger das Unternehmen Multi EBX. Der Name setzt sich aus seinen Initialen und dem Multiplikator X zusammen. Das Kürzel steht für die Vermehrung seines Einsatzes. Das Firmenlogo geht auf der Webseite mit einer Sonne über einer Gebirgskette auf, daneben steht: „Dahin gehen, wo niemand hingeh.“

Lange kannten ihn die meisten Brasilianer hauptsächlich als Gatten von Lu-

ma de Oliveira, damals Model und Schauspielerin. Der Durchbruch gelang 2003 mit dem Kauf der besagten Goldmine von Amapá für drei Millionen US-Dollar, die er später für 160 Millionen Dollar an Goldcorp weitergab. Im Juni dieses Jahres brachte Batista dann für 4,3 Millionen Dollar seine Mineralölgesellschaft OGX an die Börse. Nie zuvor hatte es in Brasilien einen solchen Auftritt am Parkett gegeben – dabei wurde bisher noch nicht mal gebohrt. Es wird lediglich vermutet, dass in den Gebieten vor der brasilianischen Küste Öl und Gas lagern, nachdem das staatliche Unterneh-

Anlegerschützer tritt wegen Aktiengeschäften zurück

SdK-Vizechef Markus Straub räumt seinen Posten. Finanzaufsicht beschäftigt sich mit dem Fall Wirecard

Von Thomas Öchsner

München – Der Druck war am Ende doch zu groß: Im Streit um Finanzgeschäfte mit Aktien des Zahlungsabwicklers Wirecard hat der stellvertretende Vorstandschef der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), Markus Straub, seinen Posten geräumt. Der 39-jährige Volkswirt war in die Kritik geraten, weil er als Privatmann Wertpapiere gekauft hat, mit denen er von fallenden Kursen der Wirecard-Aktie profitiert. Kurze Zeit nach seinen Transaktionen warf die SdK dem Unternehmen eine falsche und irreführende Bilanzierung vor.

„Leider habe ich in den letzten Tagen erfahren, dass viele Personen kein Verständnis für meine Position haben“, schrieb Straub am Mittwoch an den Vor-

stand der Aktionärsschützer. „Um weiteren Schaden von der SdK abzuwenden“, trete er deshalb von seinem Ämtern zurück. Ursprünglich wollte sich Straub in den nächsten Wochen um den Fall Wirecard kümmern. Dies dürften nun seine Kollegen in der SdK tun. Die Aktionärsschützer werfen dem Unternehmen vor, einen Großteil der Gewinne mit der Abwicklung von Glücksspielen im Internet zu erzielen, dieses in der Gewinn- und Verlustrechnung aber nicht auszuweisen. Anleger hoffen offenbar nach wie vor, dass es bei Wirecard keine Ungeheimheiten gibt: Die Aktie legte nach dem Rücktritt von Straub weiter zu.

Wirecard hatte die SdK nach Angaben von Straub erheblich unter Druck gesetzt, um ein öffentliches Vorgehen der Vereinigung zu verhindern. Dabei habe



Markus Straub: „Leider habe ich kein Verständnis gefunden.“ Foto: oh

Steuerfreiheit für alle

Parlamentarier profitieren von hohen Pauschalbeträgen, Normalbürger nicht. Ein Richter wehrt sich nun dagegen

Von Marco Völklein

München – Am 10. und am 11. September wird Michael Balke viel unterwegs sein. Zunächst wird der Düsseldorf in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht sitzen, wenn die höchsten deutschen Richter erörtern, ob die Kürzung der Pendlerpauschale rechens war. Einen Tag später, am 11. September, wird er in München den Richtern am Bundesfinanzhof (BFH) erläutern, warum er gegen die steuerfreie Aufwandspauschale der Bundestagsabgeordneten klagt. Beide Verfahren hängen für ihn nicht nur zeitlich zusammen. Sie haben seiner Meinung nach auch beide mit Gerechtigkeit zu tun.

Balke ist selbst Richter und Berufspendler. Er arbeitet am Niedersächsischen Finanzgericht in Hannover und wohnt im 300 Kilometer entfernten Düsseldorf, regelmäßig pendelt er mit dem Zug hin und her. Dafür hat er sich eine Bahncard 100 gekauft – für 5900 Euro im Jahr. Diese Karte, mit der man beliebig oft und weit Zug fahren kann, erhalten Bundestagsabgeordnete unentgeltlich vom Staat. Doch daran stört sich Balke nicht wirklich. Vielmehr hat er geklagt, weil er für sich und seine Frau den gleichen Steuervorteil fordert, der auch Bundestagsabgeordneten zusteht.

Denn diese bekommen neben ihren Abgeordnetendiäten von 7339 Euro im Monat zusätzlich eine monatliche Aufwandspauschale von 3782 Euro. Diese Pauschale ist steuerfrei und dient dazu, die dienstlichen Kosten der Abgeordneten abzudecken, also zum Beispiel Ausgaben für Fahrten, Telefon, Büromaterial, Bewirtungen und die Zweitwohnung in Berlin. Balke stört sich an zwei Punkten: Zum einen fließt die steuerfreie Pauschale auch dann, wenn derartige Kosten gar nicht anfallen – wenn also der Abgeord-

nete zum Beispiel in Berlin seinen Wahlkreis hat und keine Zweitwohnung benötigt. Zum anderen erhalten die Politiker das Geld, ohne einen Nachweis für die Ausgaben erbringen zu müssen.

Dem normalen Steuerzahler dagegenbürden die Finanzämter folgende Pflichten auf: Er muss Rechnungen und Belege einreichen, zum Teil sogar Fahrtbuch führen, sofern er beruflich bedingte Kosten von der Steuer absetzen möchte, die die Werbungskostenpauschale von 920 Euro im Jahr übersteigen. „Die Abgeordneten sollten sich dem gleichen Recht unterwerfen müssen, das sie dem normalen Steuerbürger zumuten“, sagt Balke.

„Eklatante Ungerechtigkeit“

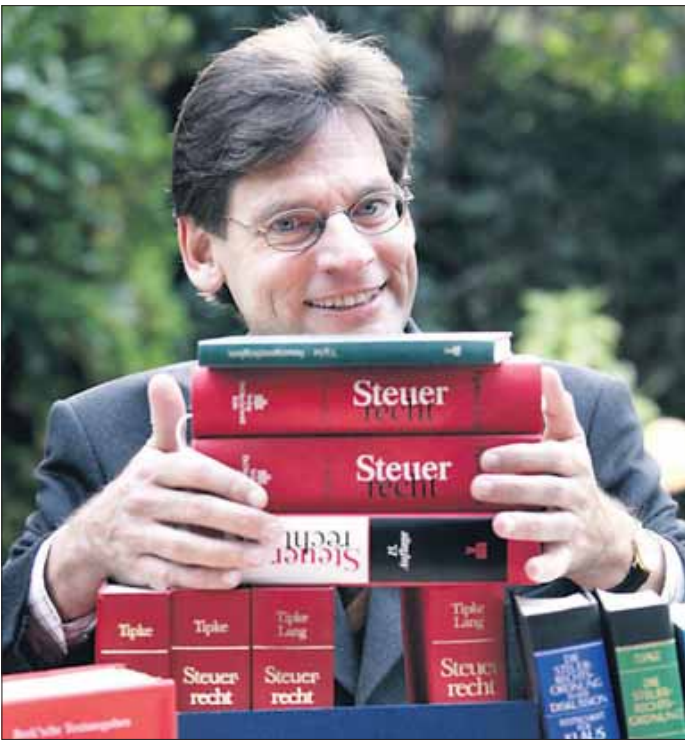
Zusammen mit seiner Frau möchte sich der Richter „nur in die Begünstigung einklagen, die auch Abgeordnete erhalten“, argumentiert er. Rechne man Diäten und Pauschale zusammen, komme ein Abgeordneter auf 133 452 Euro Jahreseinkommen. Rund ein Drittel davon gibt es steuerfrei, nämlich die 45 384 Euro Pauschale (zwölf mal 3782 Euro). „Meine Frau und ich möchten gerne auch ein Drittel unseres Einkommens steuerfrei gestellt haben“, sagt Balke. „Und zwar, ohne dass wir dem Finanzamt auch nur einen Nachweis vorlegen müssen.“ Und während dem normalen Steuerzahler die Pendlerpauschale gekappt oder der Sparrerfreibetrag zusammengestrichen wird, passt sich die Pauschale der Abgeordneten Jahr für Jahr der Preissteigerungsrate an. „Ich habe Jura studiert, um zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden“, sagt Balke. „Hier liegt eine eklatante Ungerechtigkeit vor.“

Im Bundestag hat Balke mit seiner Klage bereits für Unruhe gesorgt. Die BFH-Richter haben einen detaillierten Fragenkatalog vorgelegt. Darin wollten sie un-

ter anderem wissen, anhand welcher Erfahrungswerte der Gesetzgeber die Höhe der Pauschale bestimmt. Viele Parlamentarier halten allerdings dagegen, es verletze ihre Unabhängigkeit, wenn sie Fahrtkosten und andere Ausgaben gegenüber dem Finanzamt belegen müssten.

Am 11. September werden sich die obersten Finanzrichter in München die Argumente beider Seiten anhören. Neben Balkes Klagschrift liegen dem BFH weitere Klagen vor, die sich gegen ähnliche Pauschalen für Landesparlamentarier richten. Darüber werden die Richter gemeinsam entscheiden (Az. VI R 63/04,

VI R 81/04 und VI R 13/06). Für den 24. September haben sie ihr Urteil angekündigt – also nicht einmal 14 Tage später. Diese kurze Zeitspanne zwischen beiden Terminen lässt Balke hoffen, dass die BFH-Richter seiner Klage stattgeben und den Fall dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zur Entscheidung vorlegen. Denn auch beim Streit um die Pendlerpauschale hatte der BFH zunächst eine mündliche Verhandlung angesetzt und nur zwei Wochen später den Streit an die Richter in Karlsruhe weitergereicht. Balke ist daher optimistisch: „Die Signale sind vielversprechend.“



Michael Balke mit einem Stapel Fachliteratur zum Steuerrecht: Der Richter stört sich an einer Kostenpauschale, die der Staat den Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewährt und hat dagegen geklagt. Im September verhandelt der Bundesfinanzhof in München über den Fall. Foto: dpa

men Petrobras in dieser Gegend fündig geworden ist. Von Petrobras warb Batista mehrere Experten ab. „Wir schleifen Rohdiamanten“, verkündete er.

Schon 2006 hatte Batista das Unternehmen MMX zur Aktiengesellschaft gemacht, ohne dass die Bergbau-Firma bis dahin Eisenerz gefördert hatte. Die Herausforderung seiner Gruppe EBX sei es, „Geschäftsgelegenheiten auszuloten und in reelle Möglichkeiten mit hoher Rentabilität zu verwandeln“. 2007 wurde der Stromversorger MPX börsennotiert, weitere Coups sind geplant: Häfen Werften, Anlagen für Wasserkraft und Solarstrom. Dazu besitzt der Großinvestor Restaurants, Schiffe und Rios Hotel Gloria. Laut des Magazins *Época* erwägt er außerdem die Gründung einer Fluglinie. Und er erwarb für die eigene Fortbewegung eine Passagiermaschine vom Typ Legacy des Herstellers Embraer, zum Sonderpreis von 26 Millionen Dollar. „Rätsel Eike“, titelte das Heft. „Genial. Abenteuer. Größenwahnsinnig. Exhibitionist“. „Er ist eine Art Donald Trump ohne Toupet.“

„Genial. Abenteuer. Größenwahnsinnig. Exhibitionist“, titelt eine Zeitschrift.

Kleinere Reinfälle konnte der geschiedene Vater zweier Kinder bisher verkraften. Die Kosmetiklinie im Namen seiner ehemaligen Frau ging ebenso schief wie der Versuch, Geländewagen zu bauen und der Post Konkurrenz zu machen. Der rotblonde Freund hoher Geschwindigkeiten nahm solche Niederlagen sportlich, es gibt immer wieder ein neues Spiel.

Der Streit mit den Gerichten indes wird für ihn unangenehme Folgen haben. Nach den Hausdurchsuchungen verloren die Aktien der Batista-Firmen MMX, MPX und OGX mehr als drei Milliarden Dollar. Außerdem: Teile des Minerkonglomerats MMX sollten für 5,5 Milliarden Dollar an den südafrikanischen Käufer Anglo American gehen; drei Milliarden davon auf Batistas Konto. Angesichts des Skandals will der Abnehmer über das Geschäft noch mal nachdenken. Kommt der Deal doch zustande, dann könnte Batista davon immerhin spielend die 16 Millionen Dollar Strafe an die Umweltbehörde Ibama bezahlen: Diese hat befunden, dass 90 Prozent der MMX-Aktionen in Mato Grosso do Sul illegal waren und große Naturflächen zerstörten.

Werbung mit dem Wohn-Riester

Von Corinna Nohn

München – Noch sind keine speziellen Wohn-Riester-Produkte auf dem Markt. Voraussichtlich vom 1. November an wird es die ersten zertifizierten Verträge geben. Doch die Bausparkassen buhlen bereits jetzt um die Gunst der Kunden: So bieten etwa die Bausparkasse Mainz und die Landesbausparkassen (LBS) Bayern und Baden-Württemberg an, mit ihnen „vorzusparen“. Die Anleger könnten das Kapital dann sofort nach einer erfolgreichen Zertifizierung der neuen Produkte in einen Wohn-Riester-Vertrag umschichten und so maximal von der neuen Regelung profitieren. Verbraucherschützer raten jedoch zur Vorsicht, denn noch fehlen die Institute an den Details der Angebote: „Es ist nicht empfehlenswert, jetzt einen Vertrag zu unterschreiben, der erst im November auf den Markt kommt“, sagt etwa Merten Larisch von der Verbraucherzentrale Bayern.

Bei der LBS Baden-Württemberg heißt es jedoch, die Rahmenbedingungen für die Wohn-Riester-Verträge stünden fest, es gehe nur noch um technische Details. Zudem müssten die Kunden den Vertrag nicht umwandeln, mit der Absichtserklärung sicherten sie sich lediglich die Option zum Wechsel. Während die LBS Bayern und Baden-Württemberg die Umwandlung eines herkömmlichen Bausparvertrags in ein Riester-Produkt anpreisen, offeriert die Bausparkasse Mainz, Geld auf einem Tagesgeldkonto zu parken. Wer das Kapital später in einen Wohn-Riester-Vertrag überführt, erhält neben den Zinsen von derzeit 4,35 Prozent einen Bonus von 50 Euro, wenn er 2000 Euro auf das Konto einzahlt.

„Bankkredit besser“

Verbraucherschützer Larisch beurteilt das Bausparen in Kombination mit dem Wohn-Riester generell skeptisch. „Es ist sinnvoller, einen normalen Bankkredit aufzunehmen und die Riester-Förderung zur Tilgung zu nutzen.“ Die gängigen Darlehensverträge und damit die eigenen Tilgungsleistungen dürften laut Larisch Riester-fähig sein. Die staatliche Zulage in Höhe von derzeit bis zu 154 Euro pro Jahr und Sparer – für jedes Kind gibt es 185 Euro, für ab 2008 geborene Kinder sogar 300 Euro extra – fließt bei dieser Variante als Sondertilgung in den Darlehensvertrag ein.

Sparen, die unsicher sind, ob sie einmal eine Immobilie erwerben wollen, rät Larisch, einen herkömmlichen Riester-Vertrag abzuschließen – also eine Versicherung, einen Fonds- oder Banksparplan. Denn mit dem neuen Eigenheimrentengesetz können Anleger bis zu 100 Prozent ihres angesparten Kapitals entnehmen und für den Kauf oder die Entschuldung ihres Eigenheims nutzen. Auch warnen Experten davor, dass der Wohn-Riester ein bürokratisches Monstrum werde und große Summen an Verwaltungsgebühren verschlingen könne.

mvöelklein